

Presseerklärung

ver.di
GEW
GdP
dbb

Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Land Brandenburg erhöhen den Druck auf die Arbeitgeber

Wir, die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Gewerkschaft der Polizei (GdP) und dbb beamtenbund und -tarifunion, fordern die Tarifgemeinschaft der Länder und das Land Brandenburg auf, ihre Blockadehaltung und das Arbeitgeber-Spiel auf Zeit in der laufenden Tarifrunde zu beenden. Es ist aus Sicht der Gewerkschaften völlig inakzeptabel, dass die Arbeitgeber auch in der 2. Verhandlungsrunde kein Angebot vorgelegt haben und dies auch nicht tun wollen, bis die Gewerkschaften ihre berechtigten Forderungen deutlich reduziert haben. Wir nehmen dies nicht hin und werden den Druck auf die Arbeitgeberseite deutlich erhöhen. Deshalb rufen ver.di, GEW, GdP und dbb beamtenbund und -tarifunion die Beschäftigten des Landes Brandenburg zu einer zentralen Protestdemonstration am 08. März 2011, 16.00 Uhr, in Potsdam auf. Die Gewerkschaften rechnen mit mindestens 8.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Gleichzeitig werden die Angestellten, Arbeiterinnen, Arbeiter, Praktikantinnen, Praktikanten und Auszubildenden des Brandenburger Landesdienstes durch ver.di zur Durchsetzung der Tarifforderungen zum Warnstreik am 8. März aufgerufen.

Mit den Warnstreiks und der Protestdemonstration am 8. März 2011 wollen wir zugleich auch den Druck auf die Landesregierung erhöhen, die in den vergangenen Jahren insbesondere den Beamtinnen und Beamten erhebliche Einschnitte verordnet und zugemutet hat.

Gemeinsam fordern wir:

- 1. Die Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütung um einen Sockelbetrag von 50 Euro und zusätzlich eine lineare Erhöhung um drei Prozent!**
- 2. Die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifverhandlungsergebnisses in den Beamtenbereich und die Schließung der Besoldungslücke in Höhe von 1,4 Prozent zwischen der Arbeitnehmervergütung und der Beamtenbesoldung von 2008!**
- 3. Die Übernahmegarantie für Auszubildende und die Ausweitung der Einstellungskorridore für alle Bereiche der Landesverwaltung!**
- 4. Die Wiedereinführung von Angeboten zum vorzeitigen Ausscheiden!**
- 5. Die Reduzierung der Arbeitsbelastungen im Öffentlichen Dienst!**
- 6. Die Bezahlung einer Jahressonderzuwendung auch im Beamtenbereich und die rückwirkende Nachzahlung für 2010!**

Die Protestaktion am 8. März 2011 in Potsdam wird ein deutliches Warnsignal für die Arbeitgeberseite sein und zugleich die Aufforderung, am 9. März 2011 endlich ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch zu legen.

Der Brandenburger Landesregierung wollen wir verdeutlichen, dass es uns mit den spezifischen Brandenburger Forderungen Ernst ist und wir bereit sind, für deren Durchsetzung zu kämpfen. Wir erwarten ein diesbezügliches Verhandlungsangebot der Landesregierung.

Potsdam, 1. März 2011